

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

**der Abgeordneten Henrike Brandstötter, Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend Inseratenkorruption beenden**

**eingebraucht im Zuge der Debatte in der 124. Sitzung des Nationalrats über die dringliche Anfrage betreffend "System Kurz" - Missbrauch von Steuergeld zu persönlichen Zwecken und schwerwiegende Korruptionsvorwürfe**

Die Existenz einer freien und unabhängigen Medienlandschaft ist für eine Demokratie essentiell. In Österreich ist eine freie und unabhängige Medienlandschaft aufgrund der Medien- bzw. Inseratenpolitik der letzten Regierungen seit Jahrzehnten nicht gewährleistet. Die Presseförderung ist zu gering, die willkürliche Vergabe von Regierungsinseraten viel zu hoch.

Die Medienwelt hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert: Private Radio- und Fernsehstationen, Online-Medien (Recherche-Plattformen, Blogger, etc.), Tageszeitungen mit Online-Portalen, Medienportale (YouTube, Facebook, etc.), Streaminganbieter. Die einzige Konstante wird auch in den nächsten Jahren die Veränderung sein. Die momentane Medienpolitik trägt diesen Entwicklungen leider in keiner Weise Rechnung. Die etablierten und alten Geschäftsmodelle der traditionellen Medien sind stark herausgefordert. Doch das Medienverständnis der österreichischen Regierung ist im 20. Jh. steckengeblieben. Momentan gibt es im Fördersystem einen starken Fokus auf gedruckte Zeitungen und Vertriebsförderungen, die nicht mehr zeitgemäß sind. Länder wie Schweden zeigen, dass eine Reform der Presseförderung für die Anforderungen des 21. Jahrhunderts unerlässlich ist. 2018 wurde die Presseförderung in Schweden von einer Printförderung zu einer plattformunabhängigen Medienförderung reformiert. Dazu wurde im Vorfeld eine wissenschaftliche Studie durchgeführt, die den Bedarf der Branche und der liberal-demokratischen Gesellschaft erhoben hat. Vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk bis zu Podcasts wurde alles untersucht. Daraufhin wurde der Förderbetrag von 59,5 auf 76,8 Millionen Euro erhöht. Für die Förderung kommen alle Medien infrage, deren Inhalte zu 60% redaktionell eigenproduziert sind. Die Förderung wird von einer neuen Medienkommission vergeben, die mehrheitlich aus Branchenvertretern besteht.

Der Medienwandel beendet nicht nur historische Geschäftsmodelle, sondern öffnet auch die Teilnahme an der Gestaltung von Öffentlichkeit. Social Media und Smartphones haben für alle Menschen die Barriere deutlich gesenkt, ihr Wissen zu teilen und ihre Meinung hörbar zu artikulieren. Aktive Meinungsfreiheit ist eine Chance. Gleichzeitig gibt es Bedrohungen dieser Meinungsfreiheit, die paradoxerweise durch den Gebrauch derselben ausgelöst wurde. Auch weil ihre Grenzen von den Teilnehmer\_innen selbst ausgelotet, überschritten und neu ausgehandelt werden. Meinungsfreiheit bedeutet manchmal nämlich auch Faktenfreiheit. Radikalisierung und bewusste Fehlinformation werden dazu benützt, Botschaften zu verkürzen. Ist das neu? Nein. Aber die verstärkte Sichtbarkeit erfordert die Forcierung eines qualitativ hochwertigen Journalismus, der nachhaltig gesicherte und recherchierte Inhalte liefert, die wiederum die Grundlage für den demokratischen Diskurs bilden.

Unser Ziel ist vielfältiger, kritischer Journalismus, der die Grundlage für eine vielfältige, kritische Meinungsbildung innerhalb der Bevölkerung ist. Darum braucht

es die journalistische Aufarbeitung von Positionen und Inhalten, die nicht an sich mehrheitsfähig sind und daher auch nicht zwangsläufig von marktwirtschaftlich agierenden Medienunternehmen erarbeitet werden müssen. Aus diesem Grund sind diese ganz besonders auf staatliche Förderung angewiesen, die sie jetzt jedoch nicht erhalten. Momentan ist man zum Beispiel bei Förderungen immer noch an eine gedruckte periodische Ausgabe gebunden.

Als zentrale Säule unserer liberalen Demokratie ist es unsere politische Pflicht, Medien nach Qualitätskriterien, plattformunabhängig zu fördern. Eine gut ausfinanzierte Presseförderung kostet weniger als Korruption und Freunderlwirtschaft. Aus diesem Grund benötigen wir dringend eine Reform der Presseförderung: Professioneller, kritischer Journalismus muss gefördert werden, und zwar kanalunabhängig, durch transparente Entscheidungsprozesse (Abwicklung durch Expert\_innenjurs) und die Treffsicherheit der Maßnahmen muss durch den Rechnungshof kontrolliert werden. Überkreuzbeteiligungen in der Medienbranche müssen bekämpft und politiknahe Eigentümer\_innen vermieden werden. Die Förderkriterien sollen vor allem den Qualitätsjournalismus fördern, und zwar anhand mehrerer nachvollziehbarer Kriterien, wie zum Beispiel:

- Redaktionsstatut mit Mindestkriterien
- Selbstkontrolle, wie Anerkennung des Presserates und verpflichtende Veröffentlichung
- Trennungsgrundsatz von Nachricht und Kommentar; von Anzeige und redaktionellem Inhalt
- Quellennachweis
- Recherchebeschreibung
- Unabhängigkeit

Presseförderung ist eine wichtige Investition in eine der Grundsäulen unserer offenen, liberalen Demokratie und wichtige Grundlage für unsere Meinungsfreiheit.

Der zu geringen Presseförderung steht im aktuellen System eine gewaltige Summe an steuergeldfinanzierten Regierungsinseraten gegenüber, die nahezu willkürlich an Medien vergeben werden können. Die Anordnung zur Hausdurchsuchung im Korruptionsfall Kurz zeigt auf erschreckender Weise, wie mit Steuergeld Berichterstattung über den Weg von Inseraten gekauft werden kann. Inserate sind jedoch keine Presseförderung. Eine aufschlussreiche Studie des Medienhauses Wien kommt zu folgendem, ernstzunehmenden Schluss: *„Die Inseraten- und Förderpolitik von Österreichs Bundesregierung im Tageszeitungsmarkt ist in den vergangenen Jahren ideell und konzeptuell aus dem Ruder gelaufen. Aus Forschungssicht müssen wegen der sehr intransparenten, willkürlichen Inseratenvergabe der Bundesregierung ‚Bedenken hinsichtlich einer möglichen politischen Einflussnahme‘, wie sie von der EU-Kommission in ihrem ‚Rechtsstaatlichkeitsbericht‘ zu Österreich formuliert wurden, geteilt werden.“*

Es gilt daher, das System der Presseförderung und Inseratenvergabe grundlegend zu ändern: Presseförderung erhöhen und Inseratenvergabe massiv verringern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der die gegenwärtige Praxis der Inseratenvergabe durch staatliche Stellen im Zusammenspiel mit einer zu niedrigen Presseförderung beendet. Auf folgende Aspekte sollte dabei im Besonderen geachtet werden:

- Eine Ausgabengrenze für Inserate von öffentlichen Stellen muss die gegenwärtigen Volumina drastisch reduzieren. Zusätzlich werden Inserate im Sinne der Sparsamkeit und Effizienz basierend auf ministerienübergreifenden Schalt- und Kommunikationsplänen von einer zentralen Stelle geschaltet.
- Im Gegenzug soll die Presseförderung erhöht und nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien vergeben werden. Kriterien sind insbesondere die Qualität der Quellennachweise, die Recherchebeschreibung, die Anerkennung des Presserates, die Unabhängigkeit und die Faktentreue. Medien sollen nach Qualitätskriterien, aber plattformunabhängig gefördert werden.
- Inserate von staatlichen Stellen müssen in einer transparenten Datenbank öffentlich, nachvollziehbar und dauerhaft einsehbar sein. Das aktuelle Gesetz (§ 3 Abs 6 MedKF-TG) ist derart zu ändern, dass Informationen über die Inserate nicht nach zwei Jahren gelöscht werden."

